



Analyse

# EU-China-Beziehungen: Am Tiefpunkt

Das Verhältnis zwischen **China und der EU** war noch nie so schlecht. Erstmals seit mehr als 30 Jahren haben sich beide Seiten vergangene Woche gegenseitig mit Sanktionen überzogen. Dennoch gibt es wenig Anzeichen für einen anhaltend tiefen Konflikt, der sich auch auf die wirtschaftlichen Beziehungen auswirkt. Experten sprechen von einem Tiefpunkt, aber nicht von einer Zäsur.

Von  
**Felix Lee**



Ganz so feindselig wie noch in der vergangenen Woche klingt Peking nicht mehr. Die gegenseitigen Sanktionen seien „eher symbolisch“ zu verstehen, die Maßnahmen beider Seiten „zielten nicht auf die Wirtschafts- und Handelskooperationen ab“, schreibt Chinas amtliche Nachrichtenagentur Xinhua. Es bleibe zu hoffen, „dass keine Fraktion diese subtile Grenze inmitten des erbitterten ideologischen Wettbewerbs überschreitet, **sodass der Konflikt nicht im Wirtschaftsbereich eskaliert**“.

Und auch die Global Times, das für seine nationalistischen Töne bekannte Parteiorgan der Kommunistischen Führung, schlägt versöhnlichere Töne an. „China will nicht, dass die Welt immer gespalten wird“, heißt es im [Leitartikel](#). Eine Verschärfung des Konflikts sei nicht im Interesse des Landes. „**Die chinesische Führung plädiert stetig dafür, dass alle Länder trotz ihrer Differenzen respektvoll miteinander umgehen.**“

Nach der turbulenten Vorwoche scheint die Führung in Peking zumindest **ein Stück weit auf Entspannung** zu setzen. Wegen der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang hatte die Europäische Union erstmals seit über drei Jahrzehnten Sanktionen gegen vier chinesische Parteikader verhängt. Daraufhin sanktionierte die Staatsführung in Peking ihrerseits zehn europäische Politiker und Akademiker, dazu zusätzlich vier Institutionen, darunter Merics, den in Berlin ansässigen China-Think-Tank. Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch ihre Familienmitglieder dürfen künftig weder nach China, noch nach Hongkong einreisen. Pekings Antwort fiel ausgesprochen unverhältnismäßig aus. Die EU sanktionierte vier Personen, China mindestens zwei Dutzend.

Zahlreiche EU-Länder bestellten in ihren Hauptstädten die Botschafter der Volksrepublik ein. Ende der vergangenen Woche gab es in den chinesischen sozialen Medien offensichtlich **staatlich orchestrierte Kampagnen gegen westliche Marken**, weil diese sich in der Vergangenheit auf die eine oder andere Weise kritisch zur **Baumwollproduktion** in Xinjiang geäußert hatten. Menschenrechtsorganisationen werfen den Behörden vor, Angehörige der muslimischen Minderheit der Uiguren als Zwangsarbeiter eingesetzt zu haben.

## „Das ist jetzt ein Tiefpunkt“

Von einem Bruch in den chinesisch-europäischen Beziehungen war daraufhin die Rede. Von gefährlicher Eskalation sprachen europäische Politiker. **Von „unheilvoller Eskalation“ schreibt auch der China-Kenner und Zeit-Autor Matthias Nass**. Die chinesische Botschaft in Berlin wiederum sprach von „böswilligen Lügen“, die die EU über China verbreitet hätten. War die vergangene Woche eine Zäsur?

„Nein“, sagt der bekannte China-Ökonom Markus Taube. **„Zäsur würde bedeuten, dass der Streit anhaltend ist und weiter eskaliert.“** Taube leitet das Institut für Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen und beobachtet die Ereignisse rund um die gegenseitigen Sanktionen sehr genau. **„Das ist jetzt ein Tiefpunkt, heißt aber nicht, dass man da nicht in absehbarer Zeit wieder raus kommt.“** Eine weitere Verschärfung der Anfeindungen erwartet er also nicht.

Und auch die Boykott-Kampagnen in den chinesischen sozialen Medien gegen westliche Marken hält er nicht für einen grundsätzlichen Wandel in Chinas Umgang mit ausländischen Unternehmen. Es gebe sie schließlich nicht zum ersten Mal. Daimler war erst vor zwei Jahren auf ähnliche Weise unter Beschuss geraten. In einem Werbespot hatte der Stuttgarter Konzern ein Zitat des Dalai Lama verwendet. Daimler musste sich öffentlich **entschuldigen**. **„Das ist ein Muster, das wir von China kennen“, sagt Taube.**

In der Tat gibt es derzeit **wenig Anzeichen**, dass insbesondere die **deutsche Wirtschaft unter den aktuellen politischen Konflikten leidet**. Im Gegenteil: Sowohl der Handel als auch die Nachfrage nach deutschen Waren boomt im Reich der Mitte. Deutsche Exporteure konnten allein im Januar und Februar 31,1 Prozent mehr Güter nach China liefern als im Vorjahreszeitraum. Die chinesischen Importe aus Europa legten gar um 32,5 Prozent zu. Es dürfte wohl der hohen Nachfrage aus China zu verdanken sein, dass Deutschlands Wirtschaft trotz anhaltendem Lockdown im ersten Quartal nicht ins Minus rutscht. Die Volksrepublik war im vergangenen Corona-Jahr die einzige große Volkswirtschaft, die ein Wachstum verzeichnete. **Erstmals überholte China die USA als wichtigster Handelspartner der EU.**

## Peking will weg vom Westen

Taube hält die ruppigen Sanktionen, die China gegen die EU verhängt hat, dennoch für einen Faktor, der die Wirtschaftsbeziehungen beeinflussen wird. Die europäische und die deutsche Wirtschaft könnten von ihren chinesischen Geschäftspartnern abrücken – zumal Peking signalisiert, dass die eigene Volkswirtschaft **den Westen schon bald nicht mehr braucht**. Schließlich hat der Nationale Volkskongress im Rahmen ihres neuen Fünfjahresplans das Konzept des sogenannten „Dual Circulation“ vorgestellt.

Ziel der Führung: Sich in Schlüsselbranchen unabhängig von Importen aus dem Ausland zu machen. Vor allem bei Halbleitern ist Chinas Hightech-Sektor nach wie vor abhängig vom Einführen – allen voran von US-Technologie. Diese Abhängigkeit ist angesichts des auch unter US-Präsident Joe Biden anhaltenden Wirtschaftskriegs ein Risiko, das ganze Unternehmen in

ihrer Existenz gefährden könnte. **„Huawei rennt vor die Wand, wenn sie in China im Laufe des Jahres nicht neue Chips kriegen“**, sagt Ökonom Taube.

Zwar hat Chinas Führung bereits Milliarden in den Aufbau einer eigenen Chip-Industrie gesteckt. Doch laut Taube braucht die Volksrepublik mindestens drei Jahre, bis das Land aufgeholt hat, eher fünf bis zehn. „Das mag zunächst einmal nicht nach viel klingen“, sagt Taube. **„Aber in diesen paar Jahren kann für Unternehmen wie Huawei viel kaputt gehen.“**

Für deutsche Unternehmen hätten sich eigentlich Chancen ergeben. Sie hätten die Lücke füllen können, die US-Unternehmen wegen des Wirtschaftskriegs in China hinterlassen. Ohne die US-Konkurrenz wäre Deutschland der letzte große Ansprechpartner für China für verlässliche gute Technologien gewesen, vermutet Taube.

Doch nach der jüngsten asymmetrischen Eskalation haben die Chinesen die Europäer geradezu in die Arme der Amerikaner getrieben. Selbst wenn China die Sanktionen lockert, wird das Misstrauen bleiben – auch bei deutschen Unternehmen, ist Taube überzeugt. „In den Strategie-Abteilungen und in den Vorstandsetagen wird man sich schon genau überlegen, wie man das Risiko mit China künftig zu bewerten hat.“ **Eine grundlegende Zäsur sei das nicht, aber ein wachsendes Misstrauen.**

Boycott

Deutschland

EU-China-Politik

Global Times

Huawei

Institut für Ostasienwissenschaften Universität Duisburg-Essen

Markus Taube

Sanktionen

Unternehmen

USA

**Folgen Sie uns**

© 2021 Trafo MediaTech GmbH

**Über uns****Impressum****Datenschutzerklärung**